

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Konrad Epple, Klaus Herrmann und  
Manfred Hollenbach CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Innenministeriums**

### **Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Ludwigsburg**

#### **Kleine Anfrage**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Ludwigsburg jeweils untergebracht?
2. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Ludwigsburg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
3. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Ludwigsburg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
4. Für welche der unter Frage 2 zu nennenden Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
5. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Ludwigsburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
6. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Ludwigsburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

7. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Ludwigsburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
8. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Ludwigsburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

30.01.2013

Epple, Herrmann, Hollenbach CDU

#### Antwort

Mit Schreiben vom 21. Februar 2013 Nr. 3-112/45/455 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Ludwigsburg jeweils untergebracht?*

Zu 1.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle
Ludwigsburg	Friedrich-Ebert-Straße 30	L	Polizeidirektion
Ludwigsburg	Stuttgarter Straße 26–28 a, b	L	Polizeirevier
Ludwigsburg	Danziger Straße 40	A	Polizeiposten
Ludwigsburg	Mundelsheimer Straße 8	A	Polizeiposten
Ludwigsburg	Neue Straße 23	A	Polizeiposten
Ludwigsburg	Beim Rathaus 4	A	Polizeiposten
Ludwigsburg	Osterholzallee 140/7	A	Abschiebegruppe Ludwigsburg
Ludwigsburg	Mömpelgardstraße 24	L	Polizeidirektion
Kornwestheim	Stuttgarter Straße 101	L	Polizeidirektion, Polizeirevier
Asperg	Königstraße 3	A	Polizeiposten
Tamm	Hauptstraße 96	A	Polizeiposten
Möglingen	Beim Rathaus 8	A	Polizeiposten
Remseck/Aldingen	Neckarstraße 110	A	Polizeiposten
Ditzingen	An der Lache 1–5	L	Polizeirevier
Ditzingen	Siemensstraße 27	L	Autobahnpolizeirevier
Gerlingen	Hauptstraße 31	A	Polizeiposten
Korntal	Saalplatz 4	A	Polizeiposten
Hemmingen	Alter Schulplatz 2	A	Polizeiposten
Vaihingen/Enz	Heilbronner Straße 17	L	Polizeirevier
Vaihingen/Enz	Heilbronner Straße 22	L	Polizeidirektion
Schwieberdingen	Schulberg 1	A	Polizeiposten

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle
Markgröningen	Finstere Gasse 3	A	Polizeiposten
Sachsenheim	Hauptstraße 24/7	A	Polizeiposten
Bietigheim-Bissingen	Stuttgarter Straße 57	A	Polizeirevier
Bietigheim-Bissingen	Stuttgarter Straße	A	Polizeidirektion
Besigheim	Mattestraße 11	A	Polizeiposten
Kirchheim	Hauptstraße 78	A	Polizeiposten
Bönnigheim	Kirchheimer Straße 1	A	Polizeiposten
Marbach/Neckar	Steinerstraße 2	L	Polizeirevier
Freiberg/Neckar	Marktplatz 20	A	Polizeiposten
Steinheim	Marktstraße 29	A	Polizeiposten
Großbottwar	Kleinbottwarer Straße 33	A	Polizeiposten

\*L: Landeseigen

A: Anmietung

2. *Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Ludwigsburg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?*

Zu 2.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Ludwigsburg – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	953	835	118
Schutzpolizei	714	658	56
Kriminalpolizei	117	105	12
Nichtvollzug	122	72	50

3. *Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Ludwigsburg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?*

Zu 3.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäf-

tigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

*4. Für welche der unter Frage 2 zu nennenden Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?*

Zu 4.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Ludwigsburg geht derzeit bei rund 90 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Ludwigsburg von einem Dienortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Die Abweichung zur Anzahl der in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigten Beschäftigten (Ziffer 5) resultiert aus der Fortentwicklung des Personalkonzepts.

*5. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Ludwigsburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 5.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im Landkreis Ludwigsburg voraussichtlich rund 150 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

*6. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Ludwigsburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 6.:

Für bauliche Investitionen wurden bezogen auf den Landkreis Ludwigsburg rund 5 Mio. Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

*7. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Ludwigsburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 7.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Ludwigsburg rund 110 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht abschbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

*8. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Ludwigsburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?*

Zu 8.:

Für reformbedingte Einnahmen aus Grundstücksverkäufen wurden bezogen auf den Landkreis Ludwigsburg 500.000 Euro in die Kostenkalkulation eingestellt. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung.

Gall

Innenminister